

Wachsamkeit ein ständiges Gebot

AUSSTELLUNG II Opfer rechter Gewalt seit 1990

(IS). Sie wurden erschlagen, erstochen und erschossen: Seit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden 149 Opfer rechter Gewalt gezählt. Ihre Porträts sind jetzt in den Fluren des Hauses der evangelischen Kirche am Schlossplatz zu sehen.

Dekan Wolfgang Menke stellte bei der Eröffnung der Ausstellung fest: „Gewalt von Rechts gibt es wieder. Die Ausstellung hält uns einen Spiegel vor, der uns erschreckt.“ Die kurzen Texte unter den Porträtfotos der Opfer seien ebenso „nüchtern wie erschütternd“. Wir erfahren dort, dass die Rechten töteten, weil sie Menschen begegneten, für die in ihrem Weltbild kein Platz war. Andere wurden Opfer, weil sie den Mut hatten, Nazi-Parolen zu widersprechen oder Angegriffenen beizustehen.

Oberbürgermeister Helmut Müller erklärte, in dieser Stadt sei man sich weitgehend einig darüber, wachsam zu sein. Er stellte die Frage, ob wir aber wachsam genug seien, um Rechtsradikalismus in allen Ausprägungen zu erkennen: „Wir brauchen die ständige Auseinandersetzung mit dem Thema.“

Von den Morden des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ erfuhr die bundesdeutsche Öffentlichkeit im letzten November. Die Taten erschütterten, diese neuerliche Liste macht fassungslos: Nicht die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte haben sie aufgestellt, sondern Journalisten, die recherchierten und Straftaten auf ihren wahren Hintergrund untersucht haben. Nur 63 der Toten, die mit der Ausstellung vor dem Vergessen bewahrt werden, sind bisher von den Behörden offiziell als Opfer rechter Gewalt anerkannt.

„Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert unser aller Engagement“, erklärte Ex-Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Sie nannte es „eine Blamage für die Sicherheitsbehörden“ die ein Jahrzehnt damit vertan hätten, bei der Aufklärung der sogenannten „Döner-Morde“ Phantomen nachzujagen. Nachdem im November 2011 die rechtsextremistisch-rassistische Mordserie des NSU aufgedeckt worden sei, habe sich die gesellschaftliche Debatte der folgenden Monate auf das Versagen von Polizei und Verfassungsschutz konzentriert.

Die Ex-Bundesministerin: „Es gab kaum eine Diskussion über den politischen Hintergrund der NSU-Täter und ihrer Unterstützer.“ Selbst die Diskussion über ein Verbot der NPD als „legaler politischer Arm nationalsozialistischer Ideologie“ werde nach wie vor nur verhalten geführt. Wiecek-Zeul sprach sich klar für ein Verbot dieser Partei aus.

Die erschreckenden Taten mit rechtsextremem Hintergrund hätten inzwischen engagierte Bürger mobilisiert, „die sich dieser Menschenfeindlichkeit entgegenstellen“, so die SPD-Politikerin. Seit November vergangenen Jahres hätten sich viele Initiativen, Stiftungen, Bürgeraktionen, Gruppen und Grüppchen neu gegen Rechts gefunden. Sie kämen dieser Verpflichtung offenbar besser nach als die Staatsgewalt. „Sie informieren über das Innere der Nazi-Szene jedenfalls kompetenter als Verfassungsschutzbehörden“, erklärte Heidemarie Wiecek-Zeul.

